



## Ein AfD-Verbotsverfahren ist gefährlich

---

### 1. **Verbot schafft Märtyrer**

Ein Verbot der AfD würde ihre Anhängerschaft nicht schwächen, sondern stärken. Durch die staatliche Ächtung werden ihre Politiker und Sympathisanten in eine Opferrolle gedrängt – genau jene Dynamik, die sie für sich zu nutzen verstehen. Das Image „unterdrückter Wahrheitssprecher“ verleiht ihnen zusätzliches Momentum in sozialen Netzwerken und auf Demos. Würde die AfD tatsächlich verboten, käme es spätestens am übernächsten Tag zur Gründung der neuen Alternative für Deutschland (nAfD). Davor habe ich Angst.

### 2. **Die Wurzel liegt in der Gesellschaft, nicht nur in der Partei**

Das Hauptproblem ist nicht die AfD als Organisation, sondern das breite soziale Klima und insbesondere die jungen Wählerinnen und Wähler, die sich von etablierten Parteien nicht mehr vertreten fühlen. Ein Verbotsverfahren verkennt, dass hinter jedem Stimmzettel individuelle Ängste und Frustrationen stehen, die durch politische Debatten und Bildung, nicht durch Verbote, angegangen werden müssen.

### 3. **Schwächung demokratischer Streitkultur**

Demokratische Auseinandersetzungen leben von der Kraft der besseren Argumente und dem inhaltlichen Diskurs um bessere Konzepte. Ein Parteienverbot ersetzt diesen Schlagabtausch durch juristische Verfahren und bürokratische Hemmnisse. Damit wird die politische Debatte in den Gerichtssaal verlagert – ein fatales Signal für eine lebendige, wertorientierte Demokratie.

### 4. **Präzedenzfall für politische Instrumentalisierung**

Wird erst einmal das Instrument des Verbots eingeführt, steht es künftig allen Regierungen als politischer Knüppel offen. Heute trifft es die AfD, morgen könnte jede Partei auf der falschen Seite politischer Mehrheiten ins Visier geraten. Die demokratische Spielregel „Wahl durch Wählermehrheit“ wird so durch das Prinzip „Gericht statt Wählermehrheit“ abgelöst.

### 5. **Keine staatsgefährdende Umsturzplanung**

Die Vertreter der AfD diskriminieren Minderheiten. Ja. Aber anders als verfassungsfeindliche Gruppen oder die KPD in den 50ern streben sie keinen Putsch an, der den Bestand der Bundesrepublik außer Kraft setzen soll. Sie postulieren also keine Alternative zur Bundesrepublik, sondern wollen eine parteiliche Alternative im Rahmen dieser Republik sein. Das macht einen Unterschied. Das fehlende Evidenzmaterial für eine Umsturzabsicht macht das Verbotsverfahren inhaltlich fragwürdig. Zudem untergräbt sein politisch motiviertes Vabanque-Spiel vor dem Bundesverfassungsgericht die Glaubwürdigkeit der Verfassungsorgane selbst.

## 6. **Bessere Politik statt Verbotsgesang**

Wer die AfD wirklich eindämmen will, muss auf Angebotspolitik setzen: sozialpolitische Antworten auf die Ängste der Jugend, glaubwürdige Integrationskonzepte und eine klare Haltung gegen Rassismus. Ein Parteiverbot ist eine simple Leier, die vom drängenden Reformbedarf in Wirtschaft, Bildung und sozialem Zusammenhalt ablenkt – und die Beruhigungsspielle für eine unzufriedene Wählerschaft. Es erscheint mir schon bezeichnend, dass die SPD auf ihren Parteitag in Berlin nur in einem Punkt einer Meinung war: der Forderung, ein AfD-Verbotsverfahren vorzubereiten. (Wirklich) neue Konzepte und Ideen, um aus dem Loch des schlechtesten Wahlergebnisses aller Zeiten herauszukommen, gab es dagegen nicht.

*Eure Ina Borckmann*

